

«Die Politik bleibt irgendwie hilflos»

Trotz guten Noten und mehr als 300 Bewerbungen 2,5 Jahre lang keine Lehrstelle – Der Fall Imran Abazi wühlt auf

Der Arbeitgeberpräsident baut auf soziale Verantwortung der Unternehmer. Die Gewerbeverbandeschefin setzt auf Bewusstseinsbildung. Die Integrationsbeauftragte hofft auf Bewegung durch Aufrütteln. Der Gewerkschaftssekretär zählt auf Kraft der Empörung. Und doch, am Ende bleibt ein Eindruck von politischer Ohnmacht zurück.

Leere statt Lehre. Der Horror Vacui, den eine 17-jährige Lehrstellensuchende in Bern erfahren hat (siehe «Bund» vom letzten Donnerstag), geht tief: Da hat die junge Frau gute Noten, Fünfer und Fünfeinhalber; fängt früh, in der achten Klasse, mit der Lehrstellensuche an; holt fachkundige Hilfe für optimales Bewerben, absolviert Schnupperlehren. Sie bewirbt sich 317-mal – ohne Erfolg. Als sie nach zweieinhalb Jahren – nah dran, in No-future-Resignation zu verfallen – im 318. Anlauf endlich einen Platz ergattern kann, ist es nicht die erhoffte KV-Lehre in der Wirtschaft, aber immerhin eine Büroattestlehre in einem Amt von Sozialdirektorin Edith Olibet (sp).

«Nicht auszusprechender Name»

Was ist da los, wo führt das hin, wenn die Lehrstellensuche heute solche Geschichten schreibt? Der Fall gibt zu reden, auch in Politik und Wirtschaft, wo sich der «Bund» umgehört hat. Liegt das Pech der 17-Jährigen einfach darin, dass sie zwar gute Schülerin, aber halt doch bloss Realschülerin ist – und von da her im Rennen um Lehrstellen bereits negativ gestempelt? Oder ist sie doppelt benachteiligt, weil aufgrund ausländischer Herkunft diskriminiert? Sie ist Schweizerin, hat alle Schulen in Bern besucht – aber sie heisst Imran Abazi, kommt vom Balkan, genauer: aus Mazedonien.

«Diskriminierung aufgrund des Namens? Das kann ich mir kaum vorstellen – über diese Zeiten sind wir doch hinweg», erklärt der Präsident des bernischen Arbeitgeberverbands, Christian Kauter, Ex-Generalsekretär der FDP Schweiz. Im Übrigen sei Abazis Fall «wohl eher ein Extremfall». Anders sieht es die Präsidentin des Gewerbeverbands Bern, Grossrätin Franziska Stalder-Landolf (fdp, Muri). «Imran Abazis Geschichte stimmt nachdenklich, zeigt das Aufeinandertreffen verschiedener Aspekte, Problemkreise eindrücklich auf: Realschulabgängerin, gebürtige Ausländerin, imagebelasteter Name»; da spielten wohl «Haltungsfragen, Vorurteile» mit eine Rolle. Diskriminierung? Das müsse man ihm erst beweisen, sagt dazu der oberste Chef des Stadtberner Personalwesens, Finanzdirektor Kurt Wasserfallen (fdp). Wenn auch «offensichtlich junge Menschen aus anderen Kulturen mehr Mühe haben». Wiederum pointierter sagts SVP-Grossrat Thomas Fuchs (svp), der sich als Motionär für Lehrstellen-Ausbau beim Kanton engagiert: «Für mich ist fast sicher, dass der für den Normalbürger nicht auszusprechende Name damit zu tun hat, dass sie gewisse Absagen erhalten hat», sagt Fuchs, und sie sei «kein Einzelfall».

«Hunderte allein in Stadt Bern»

Über solches Werweissen und Mutmassen sind Integrationsfachleute längst hinweg – für sie ist diese Art von Diskriminierung mehr als These, mithin Tatsache, belegt in europaweiten Studien durch die Internationale Arbeitsorganisation, erhärtet auch durch Nationalfondsforschung hierzulande. «Geschichten wie die von Imran Abazi gibt es allein in der Stadt Bern Hunderte», sagt Berns Integrationsbeauftragte Gerda Hauck, «und mit über 300 Bewerbungen ist die junge Frau auch kein Ausnahmefall.»

«Es gibt viele solche Fälle – es ist empörend, eine Tragödie», meint dazu Guglielmo Grossi, Vorstandsmitglied des Schweizer Forums zur Integration der Migrantinnen und Migranten. Grossi, gebürtiger Italiener, seit 45 Jahren in der Schweiz, Ex-Vorsitzender der Colonia Libera Italiana, Berner Alt-Stadtrat (sp) und Unia-Gewerkschaftssekretär, weiss: «Auch viele Schweizer Realschüler müssen 50 bis 100 Bewerbungen schreiben, aber 318, das ist krass – und weist klar auf Diskriminierung aufgrund ausländischer Herkunft hin. Dass Selektion auch aufgrund der Namen stattfindet, ist offensichtlich.» Solche Diskriminierung fördere gesellschaftliche Desintegration, Ghettoisierung.

«Trotz gutem Deutsch und guten Noten kein Bein auf den Boden zu kriegen, lehrstellenlos herumhängen zu müssen, das rächt sich», so wieder Hauck. «Schon jetzt laufen Kosten auf. Mündet Jugendarbeitslosigkeit in soziale Invalidisierung über Jahre hinweg, wirds erst recht teuer. Darum bin ich froh, dass diese tragische Entwicklung dank Imran Abazis Mut ein Gesicht bekommen hat, und ich hoffe, dass dies aufrüttelt und etwas bewegt», sagt Hauck, «denn was im Moment mit Jugendlichen passiert, damit haben wir ein wirkliches Problem.»

Wirtschaft gegen Regulierungen

Was also tun, damit Realschüler, insbesondere ausländischer Herkunft, Lehrstellen finden? – Kanton und Stadt Bern

als Arbeitgeber seien sensibilisiert, bemüht, Lehrstellen zu schaffen; in der Sozialarbeit fehle es nicht an Überbrückungs- und Förderprojekten. «Das Problem stellt sich im Bereich der Wirtschaft», sagt Grossi, «aber dort kann die Politik nicht gross eingreifen, bleibt bei flankierende Massnahmen.» Nicht, dass es an Ideen für griffigen Staatsinterventionismus fehlen würde: Ginge es nach Gewerkschafter Grossi, könnte der Gesetzgeber etwa die Firmen verpflichten, gewisse Kontingente an Lehrstellen zu schaffen. Nur: In der Schweiz sei solches politisch kaum durchzusetzen. Und Integrationsfachfrau Hauck verweist ihrerseits auf ein Modell in Frankreich, bei dem den Personalvermittlern vorgeschrieben wird, gegenüber den Arbeitgebern mit anonymisierten Lebensläufen aufzutreten, um die Bewerber vor Diskriminierung aufgrund ihrer Namen zu schützen. Nur: Um sozialer Ausgrenzung wirklich Paroli zu bieten, wäre laut Hauck mehr nötig, «denn immer noch die grösste Rolle spielt die soziale Herkunft, das Elternhaus – und hier ist die Schweiz gar unter den am schlechtesten abschneidenden Ländern Europas».

«Politik kann nicht alles lösen»

Wirtschaft und Bürgerliche lehnen Staatsinterventionismus klar ab – rufen im Gegenteil nach mehr Deregulierung. «Es wäre grundlegend falsch, die KMU zu verpflichten, Lehrstellen an Schüler ausländischer Herkunft zu vergeben und überhaupt Lehrstellen zu schaffen», so dazu Gewerbepräsidentin Stalder, und Arbeitgeberchef Kauter sagt: «Was die Politik tun kann, ist, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wirtschaft Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen kann.» So sei es, sagt Wasserfallen, die Politik solle «die Wirtschaft nicht dauernd hemmen» – im Gegenteil, stimmt Fuchs ein, die Politik müsse «die zunehmende Reglementierung massiv senken».

Was aber sagt dies nun Lehrstellensuchenden, denen es geht, wie es Imran Abazi zweieinhalb Jahre und 318 Bewerbungen lang gegangen ist? Die beiden bürgerlichen Politiker reden nicht drum herum, schenken reinen Wein ein: «Die Politik macht viel», sagt Wasserfallen, «bleibt aber punkto Integration irgendwie hilflos, wenn der Mensch nicht will.» Auch Fuchs findet, dass «Politik nicht jedes Problem lösen kann» – umso mehr, weil Diskriminierung viele treffe: «Überall gibt es Vorurteile. Auch dicke oder so genannt hässliche, nicht der Norm entsprechende Leute haben sicher eine schwierigere Hürde als knackige, gut aussehende», sagt Fuchs.

Auch die Vertreter von Arbeitgebern und KMU reden Klartext: Dass das Beschwören marktliberaler Glaubenssätze noch keine Lehrstellen schaffe, sei auch ihnen klar – und Kauter sagt, er sehe, dass «nach Jahren eines ausgeprägten Shareholder-Denkens» viele nicht mehr allein auf den Markt vertrauen wollten, auf dass es dann schon gut komme. «Aber das Denken ändert sich», die Wirtschaft erinnere sich ihrer sozialen Verantwortung. Stalder sagt, just ihr Verband sei aktiv daran, «Vorurteile abzubauen», um gerade ausländischen Jugendlichen Lehrstellen zu verschaffen. «Die Bewusstseinsbildung ist im Gange – sie braucht aber Zeit», sagt Stalder. Kauter warnt zudem vor zu hohen Erwartungen, denn die bernische Wirtschaft sei unter Druck: «Wenn wir nur schon einen weiteren Lehrstellenabbau abwenden können, ist schon etwas erreicht.»

Nur Mut, so kommts am Ende gut

«Vorschriften helfen da wenig», resümiert Stadtpersonalchef Kurt Wasserfallen. Umso mehr rate er Jungen, Imran Abazis Hartnäckigkeit zum Vorbild zu nehmen. Denn was sich am Ende auszahle, seien «Wille, Leistungsbereitschaft und Flexibilität» – sowie «tadellose Umgangsformen seitens der Jungen».

anzeige